Datum: 05.11.2026

Bündner Zeitung
südostschweiz

Südostschweiz / Bündner Zeitung
7007 Chur
081/ 255 52 52
https://www.suedostschweiz.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenmedien
Auflage: 20'156
Erscheinungsweise: täglich



Seite: 16
Fläche: 19'180 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 320021
Referenz:
1d15cc86-edf9-4bd6-87a8-09e92b9eda86
Ausschnitt Seite: 1/1

Fairness statt neuer Ungerechtigkeiten

PRO

Martin Candinas
Mitte-Nationalrat
Graubünden



Die Heiratsstrafe gehört endlich abgeschafft. Darin sind sich die Befürworter der Individualbesteuerung und der Fairnessinitiative einig. Offen ist die Frage nach dem besten Weg. Deshalb ist es richtig, dass die Bevölkerung auch darüber entscheiden kann – selbst wenn wir im gleichen Jahr über zwei Lösungswege abstimmen.

Für mich ist klar: Die Fairnessinitiative der Mitte-Partei ist die bessere Lösung. Sie ist gerechter, einfacher und kommt ohne kostspieligen Umbau des Steuersystems aus. Ehepaare sollen weiterhin gemeinsam besteuert werden und nur eine Steuererklärung ausfüllen müssen. Schliesslich tragen die meisten ihre finanziellen Verpflichtungen gemeinsam.

Mit der Individualbesteuerung hingegen müssten rund 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen ausgefüllt und bearbeitet werden. Eine gewaltige Bürokratieübung mit erheblichen Zusatzkosten für Kantone und Gemeinden. Hinzu kommt der Aufwand für die Ehepaare selbst, die künftig zwei Steuererklärungen erstellen und aufeinander abstimmen müssten. Unsere Initiative vermeidet diesen unnötigen Aufwand.

Ebenso falsch finde ich es, wenn der Staat ein bestimmtes Erwerbsmodell steuerlich bevorzugt. Ehepaare sollen selbst entscheiden können, welche Aufgabenteilung für sie passt. Bei manchen arbeiten beide Vollzeit. Andere reduzieren ihr Pensum, um Kinder zu betreuen oder Angehörige zu pflegen. Wieder andere verändern ihre Aufgabenteilung im Laufe des Lebens. Diese Wahlfreiheit müssen wir respektieren.

Die Fairnessinitiative trägt diesen unterschiedlichen Lebensrealitäten Rechnung. Sie beseitigt die Heiratsstrafe bei der direkten Bundessteuer und bewahrt die gemeinsame Besteuerung, ohne den Kantonen einen grundlegenden Systemumbau vorzuschreiben. Darum sage ich Ja zur Fairnessinitiative.